



Dezember 2021

Der neu gewählte Vorstand



Von links: Nilüfer Aydin, Andreas Grünwald, Petra Zepter, Jörg Otto, Ruben Hittmeyer, Alexander Bentin, Norbert Weber, Kerstin Fremder-Sauerbeck. Es fehlt Maria Bronnert. Foto: Franziska Hildebrandt

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe:
Freitag, 31.12.2021

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Vorstellung des Vorstands	S. 2
Bericht Wahl-BMV	S. 2
Tätigkeitsbericht	S. 4
MitteN Mang in der Krise?	S. 6
10 Jahre Selbstenttarnung NSU	S. 7
Paulihaus	S. 9
Reiches Hamburg – arme Elbinseln	S. 10
Cuba si!	S. 11
Fischbratküche Veddel	S. 12
Demo gegen Gewalt an Frauen	S. 13
Feedback in Sachen MitteN Mang	S. 13
Termine / Kontakt	S. 15

Vorstellung neuer Vorstand DIE LINKE Hamburg-Mitte

Am 06.11.2021 fand die Wahl-BMV für den neuen Vorstand für den Bezirk Hamburg-Mitte statt. Auf der BMV einigte man sich auf einen 10-köpfigen Vorstand.

Gewählt wurden: Alexander Benthin, Ruben Hittmeyer, Norbert Weber, Kerstin Fremder-Sauerbeck, Nilüfer Aydin, Jörg Otto, Maria Bronner und Petra Zepter. Als Schatzmeister wurde Andreas Grünwald berufen. Ein Frauenplatz ist derzeit noch unbesetzt, wir hoffen diesen auf einer der nächsten BMVen nachbesetzen zu können.

Wir sind derzeit noch dabei uns zu konstituieren, da einiges Administratives vorab erledigt werden muss. Nach unserer ersten Sitzung sind wir uns aber einig, dass:

- wir das auf der BMV beschlossene Arbeitsprogramm „*Jetzt erst recht: Opposition für Frieden und soziale Umverteilung!*“ als gute Arbeitsgrundlage ansehen und mit euch allen zusammen verwirklichen wollen;
- wir die nächsten zwei Jahre nutzen wollen (da auch keine Parlaments-Wahlen anstehen), um durch dringend nötige Strategiedebatten zur Parteientwicklung beizutragen,

auch (aber nicht nur) vor dem Hintergrund des desaströsen Wahlergebnisses der Bundestagswahl;

- wir im Bezirk Hamburg-Mitte den Raum bieten wollen, um zusammenzukommen und gemeinsam über aktuelle Themen zu diskutieren und in Aktion zu treten für Verbesserungen im Großen und Kleinen;
- wir uns aufmerksam und kritisch für die Verbesserung der parteiinternen Zusammenarbeit einbringen wollen, damit wir unsere Wirksamkeit als gesellschaftliche Oppositionskraft ausbauen können.

In diesem Sinne: Lasst uns gemeinsam unseren Bezirksverband beleben und die Partei wie auch den Bezirk Hamburg-Mitte rocken!

In den nächsten Ausgaben des „Mittensmag“ werden jeweils 2-3 Genossinnen und Genossen sich und ihre Aufgabengebiete im Vorstand genauer vorstellen und auch wie ihr jede:n erreichen könnt.

i.A. Petra Zepter

Bericht von der Bezirksmitgliederversammlung vom 06.11.21

Alle zwei Jahre werden in der LINKEN neue Vorstände gewählt, so auch auf der Bezirksebene. Einige wenige sehen eine solche Tätigkeit als Karriere-Trittbrett, wollen dort gerne ihre Loyalität zu den „höheren“ Ebenen der Partei beweisen, vor allem gegenüber den Fraktionen. Aus der aufgeklärten, demokratisch-sozialistischen Traditionslinie unserer Partei, wegen derer die meisten zu uns finden, ergeben sich hingegen Arbeits-Ausschüsse, die die Beschlüsse der Parteibasis mit Leben füllen und zum Diskutieren, Konkretisieren und Verwirklichen menschlicher Verhältnisse in allen Lebensbereichen als Mitglieder- und Programmpartei einladen - von unten nach oben, wie wir auch die Gesellschaft vom Kopf auf die Füße drehen wollen.

Am 06.11.2021 kamen rund 60 Genossinnen und Genossen zur Bezirksmitgliederversammlung (BMV) im Gewerkschaftshaus Besenbinderhof zusammen, so viele wie noch nie, um einen neuen Vorstand zu wählen. Darunter befanden sich erfreulicherweise viele neue Mitglieder, die wir zum Teil erst mit dem schlechten Ergebnis bei der Bundestagswahl hinzugewonnen haben, die mit der Haltung eingetreten sind: es muss etwas

passieren, DIE LINKE muss stärker werden! Gut so, herzlich willkommen!



Folgerichtig wurde eine Debatte zur Wahlauswertung an den Anfang gestellt, in der sich viele kri-

tisch äußerten. Die Position, dass das Bild der Zerstrittenheit das Problem sei, war deutlich in der Minderheit. Diese Minderheit versuchte ihr Bild zu retten mit Äußerungen, dass der linke Vorstand im Wahlkampf zu wenig aktiv gewesen sei, erfolglos. Das schlechte Licht fiel zurück auf die, meist aus dem parlamentarischen Arm der Partei bezahlten Kräfte, die ehrenamtlichen Aktiven Untätigkeit vorwarfen. So wurde auch deutlich, dass nicht die Frage war *ob* Wahlkampf in Hamburg-Mitte stattgefunden hatte, sondern *wie*. Mehrere Aktive der Volksinitiative für das Verbot von Rüstungsexporten über den Hamburger Hafen berichteten, dass ihr Wirken einen guten Teil zum Wahlkampf beigetragen hätte, was sich auch im verhältnismäßig guten Ergebnis in unserem Bezirk zeige.

unsere Partei verstärkt ein Anlaufpunkt werden - um sich zusammen zu tun, damit aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. In diesem Sinne wurde dann auch ein Arbeitsprogramm beschlossen mit dem Titel „*Jetzt erst recht: Opposition für Frieden und soziale Umverteilung*“ sowie ein weiterer Antrag mit dem Titel „*Für einen aktiven und bewegungsorientierten Bezirksverband Hamburg-Mitte*“.

Nach dem eindrucksvollen und sehr politischen Bericht des scheidenden Schatzmeisters Jörg Günther entschied sich Kerstin Fremder-Sauerbeck, ihren Arbeitsbericht hier im Mittemang nachzureichen. Die Entlastung des Vorstandes erfolgte einstimmig bei wenigen Enthaltungen. Außerdem wurde ein Beschluss gefasst für ein baldiges Gespräch zur Verbesserung der

Zusammenarbeit zwischen Partei und Bezirksfraktion.

Betreffs der Größe des Vorstandes standen sich zwei Vorschläge gegenüber. Eine Seite vertrat die Meinung, ein Vorstand mit sechs Mitgliedern wäre effektiver, wenn diese gut zusammenarbeiten würden. Dem wurde entgegen gehalten, dass angesichts der vie-

len Aufgaben und des ambitionierten Arbeitsprogramms sowie der gebotenen Pluralität ein Vorstand aus zehn Mitgliedern besser geeignet wäre. Letzteres wurde schließlich für adäquater erachtet. So wurden neun Genoss:innen in den Vorstand gewählt, die sich klar verantwortlich für die Parteientwicklung als gesellschaftliche Oppositionskraft sehen. Ein Platz für eine Genossin ist noch frei und kann nachgewählt werden.

Alexander Benthin und Petra Zepter



*Blicke in den Musiksaal im Gewerkschaftshaus;
Fotos Maureen Schwalke*

Problematisiert wurde, dass das auf Regierungsbeteiligung orientierte Auftreten der Parteispitze peinlich war und weder mit dem Grundsatz- noch dem Wahlprogramm etwas zu tun hatte. Vor allem aber steht die Stellvertreterpolitik unserem emanzipatorischen Anspruch entgegen: Eine menschliche Welt kann nur das Werk der Vielen im Konflikt mit den Mächtigen sein. Daher muss

Tätigkeitsbericht des Bezirksvorstands zum 6.11.2021

Der Vorstand wurde 2019 in zwei Etappen gewählt – zunächst im August Wolfgang, Maurizio, Suna und Kerstin mit Jürgen als Schatzmeister. Jürgen trat nach kurzer Zeit zurück, sodass im November Jörg als Schatzmeister und Monika als weiteres Mitglied nachgewählt wurde. Bei der Wahl im August war ebenfalls ein Arbeitsprogramm für den Vorstand beschlossen worden, das zum einen aus einem inhaltlichen Teil unter dem Titel „Klare Kante gegen soziale Spaltung“ und zum anderen aus einem organisatorischen Teil unter dem Titel „Für eine solidarische und aktive Erneuerung des Bezirks Mitte“ bestand.

Die erste Zeit im Vorstand war davon geprägt, einen Überblick über die Finanzen zu bekommen und gleichzeitig die Aufstellungsversammlungen in den Wahlkreisen für die Bürgerschaftswahl vorzubereiten. Wir stießen als Bezirksvorstand im November ein Schiedsverfahren an, das eine Grundsatzentscheidung zum Umgang mit der Nicht-Befassung des Punktes „Nachwahl zum Landesvorstand – Bezirksvertreter Hamburg-Mitte“ beim Landesparteitag herbeiführen sollte. In diesem Verfahren, das bis in die Bundesschiedskommission ging, ist uns diese im Sommer 2020 in der grundsätzlichen Argumentation gefolgt, dass sofern es einen vom Bezirk gewählten Kandidaten zu diesem Tagesordnungspunkt gibt, der Landesparteitag den Tagesordnungspunkt auch behandeln muss. Dies zeigt, dass man mit innerparteilichen Differenzen souveräner und klärungsorientierter, jedenfalls aber nicht undemokratisch umgehen sollte.

Im Dezember zogen wir uns zu einer Klausurtagung zurück, um die Umsetzung des Arbeitsprogramms und die Organisation des Bürgerschaftswahlkampfes konstruktiv vorzubereiten. Wir haben die Aufstellungsversammlungen in bestmöglicher Transparenz geplant und mit inhaltlichen Diskussionen über das Wahlprogramm und die gesellschaftlich erforderlichen Veränderungen durchgeführt. Kaum waren die Kandidierenden klar, musste Jörg jedoch die Reißleine ziehen und eine Haushaltssperre verkünden, da die Finanzen des Bezirksverbandes absehbar kaum für jeglichen Wahlkampf reichen würden. Dass auch in anderen Bezirken die Politik des Landesschatzmeisters ähnlich chaotisiert und politisches Engagement behindert hat, wurde erst im letzten Herbst bei der Neuwahl des Landesschatzmeisters in ganzem Ausmaß deutlich. Mit erheblichem Engagement aus der Mitgliedschaft haben wir einen Großteil der Plakate selbst gestellt, um die Gelder z.B. für den Postversand von Materialien frei zu haben. Mit einem Minimal-

budget haben wir doch eine stattliche Anzahl interessanter und perspektivreicher Veranstaltungen zu diversen Themen von Altersarmut und deren Überwindung bis Zivilklausel für den Hafen organisiert. So konnten wir in Mitte den stärksten prozentualen Zugewinn der Linken in Hamburg erreichen und die AfD bremsen. Gleichwohl sind die Wahlergebnisse für diese Rechtsextremen immer noch viel zu hoch, und der Bezirksverband sollte sich zusammen mit der Bezirksfraktion der Arbeit gegen rechts intensiver, über die Forderung des 8. Mai als Feiertag und die Woche des Gedenkens hinaus, annehmen.

Dazu ist zu sagen, dass der Bezirksverband Hamburg-Mitte einer der stärksten in Westdeutschland ist, was die Mitgliederzahl und die Wahlergebnisse betrifft, denn in Mitte verdichten sich die sozialen und politischen Widersprüche und es gibt hier eine Menge fortschrittlicher Aktivitäten.

Während wir noch die notwendige Wahlauswertung der Bürgerschaftswahl planten und uns auf die Zeit zwischen den Wahlkämpfen als Phase des inhaltlichen Austauschs vorbereiteten, zwangen uns die Corona-Maßnahmen, geplante Veranstaltungen abzusagen oder zu verschieben. Anders als beispielsweise im Bezirk Altona dämmte das Hygiene-Konzept der Bezirksfraktion für das Büro („Keiner betritt das Büro!“) unsere Politik erheblich ein. Zwar haben wir es als Vorstand zügig geschafft, auf digitale Sitzungen umzusteigen, allerdings konnten wir auf diesem Weg den Rest des Bezirksverbandes vorerst nicht miteinnehmen und beschäftigten uns statt mit der Planung von Mitgliederversammlungen zum Beispiel zur Überwindung der Schuldenbremse mit der Frage, mit welchem digitalen Tool öffentliche Vorstandssitzungen stattfinden könnten.

Nachdem wir das dringend notwendige Landesmitgliedertreffen am 9. Mai, die erste parteiöffentliche Beratung gegen den Lockdown, das auch von Mitgliedern aus dem Bezirksverband organisiert wurde, unterstützt hatten, tagte die erste BMV in Teilpräsenz im Juni 2020 in der Alevitischen Gemeinde – wofür wir massive Kritik aus Teilen der Mitgliedschaft und des LaVo in Kauf nahmen. Dort konnten wir, neben der Auswertung der Bürgerschaftswahl, auch die Wahlen der Delegierten für den Landes- und Landesparteitag und des Bezirksvertreters im Landesvorstand in Präsenz durchführen. Etwa zur gleichen Zeit haben wir eine Planung des LaVo zur KandidatInnenfindung für den neuen LaVo mittels einer prominent besetzten Findungskommission schriftlich kritisiert, denn die Kandidatur muss allen zum

Landesparteitag möglich sein und nicht nur denjenigen, die sich rechtzeitig schriftlich an ein intransparentes Gremium gewandt haben. Alle anstehenden Parteitage waren bereits auf den Herbst verschoben worden, sodass über den Sommer Zeit blieb, die Abrechnung des Wahlkampfes zu machen und gegenüber dem LaVo zu vertreten sowie die Möglichkeit digitaler Vorstandssitzungen und hybrider BMVen und damit das Parteileben insgesamt zu verbessern – was wir auch für die Landes- und Bundespartei einforderten. Dass in dieser Zeit mehr möglich und notwendig gewesen wäre, gerade an Kritik der Corona-Politik von Land und Bund, für Patentfreigaben auf Impfstoffe, an Interessenvertretung für die Mehrheit der Bevölkerung und Kritik am kaputtgesparten Gesundheitssystem, - das hat das schmerzliche Ergebnis bei der Bundestagswahl uns allen bewusst gemacht.

Der Herbst begann mit der Corona-begründeten erneuten Verschiebung des Bundesparteitags – in einer Lage, in der eine klare kritische Haltung der LINKEN zu der Eindämmung des gesellschaftlichen Lebens, bei der sich um die soziale Lage keinen Deut geschert wurde, für viele Menschen Hoffnung gestiftet hätte. Dafür, dass der Landesparteitag dann dennoch in Präsenz stattfinden konnte, haben wir mit vielen engagierten Mitgliedern gekämpft, ebenso wie für eine inhaltliche Diskussion der Lage dort statt reiner Wahl des Landesvorstands.

Durch die Wahl eines neuen Landesschatzmeisters konnte die finanzielle Lage geklärt und verbessert werden, aber es gelang uns nicht, entsprechend den Erfordernissen die Finanzen auch einzusetzen. Der erneute Lockdown verhinderte die parteiinterne Verständigung, die Folgen von krankheitsbedingten Ausfällen haben bewiesen, dass ein kleiner Bezirksvorstand eine vermeidbare Einschränkung bedeutet. Immerhin haben wir zu digitalen öffentlichen Vorstandssitzungen eingeladen, die wechselnd besucht waren und sich reger Beteiligung, teilweise auch von neuen Mitgliedern, erfreuten, aber auf diesem Weg war die nötige Verständigung nicht im erforderlichen Maß möglich. Dennoch haben wir darüber einige Initiativen in die Partei gegeben, z.B. zur Ausgangssperre und für ein Nein zum Afghanistan-„Rettungs“-Mandat. Ebenfalls haben wir darauf hingearbeitet, eine hybride Versammlung durchzuführen, die den Bundestagswahlprogramm-Entwurf diskutiert und Änderungsanträge für den BPT daran erarbeitet und beschließt. Diese konnte im Frühjahr dieses Jahres stattfinden und hat Änderungsanträge vor allem zur Verbesserung der Präambel, zum Erhalt der Beschlusslage des Erfurter Programms im Friedensbereich und zur

Überwindung der sozialen Spaltung und perspektivbildenden Entwicklung in anderen Bereichen des Entwurfs beschlossen z.B. zu emanzipatorischer Kultur und zu sozialen Grundrechten. Durch engagierte Unterstützung vieler konnten diese Anträge in den wochenlangen digitalen Vorberatungsversammlungen eingebracht werden und ein erheblicher Teil wurde vom Parteivorstand oder vom Parteitag übernommen, sodass der Bezirk Mitte deutlich zu der Verbesserung des Wahlprogramm-Entwurfs beigetragen hat.

Auf einer BMV im Kulturpalast zur Auswertung des Parteitags und zur Wahlkampfplanung wurden Stimmen laut, die vor einem Nicht-Einzug in den Bundestag warnten und einen entschlossenen Wahlkampf entlang der sozialen Grundfrage und gegen rechts und ohne Regierungsbeteiligung-Diskussion forderten und zu diesem Zweck das Ende des Partei-Lockdowns verlangten. Es wurden Grundsätze für den Wahlkampf beschlossen, der sich auf dieser Grundlage vor allem auf unsere Inhalte und nicht auf Personen konzentrieren sollte und Veranstaltungen im Zusammenhang mit den hier vor Ort laufenden Aktivitäten gegen Rüstungsexporte über den Hafen und anderen aktuellen Bewegungen, insbesondere gegen rechts, beinhalten sollte. Mit dem im Anschluss in der Wahlversammlung gewählten Direktkandidaten David Stoop im Wahlkreis 18 sowie Martin Dolzer (Volksini) und Alexander Lurz (Greenpeace) wurde eine perspektivbildende Veranstaltung zur Rüstungskonversion durchgeführt, in der die Notwendigkeit eines Verbots von Rüstungsexporten über den Hafen als Zwischenschritt und Unterstützung ebenso zur Sprache kam wie die gewerkschaftlichen Möglichkeiten und Beschränkungen in den entsprechenden Betrieben. In Gesprächen an Infotischen wurde deutlich, dass es keine gute Idee ist, wenn die „Parteispitze“ pressewirksam einen anderen politischen Kurs im Wahlkampf propagiert, als der Bundesparteitag mit dem Wahlprogramm beschlossen hat. Das gilt für die Friedensfrage genauso wie für Regierungsbeteiligung und dass nicht deutlich werden sollte, dass die Linke eine antikapitalistische Partei in grundlegender Gegnerschaft zum Neoliberalismus ist. Die Parteispitze in Berlin hat zudem die Chance nicht erkennen wollen, dass gerade die mangelhafte soziale Absicherung in diesem Land durch die Corona-Pandemie deutlich wurde und dies leider nicht zum Wahlkampfthema gemacht. Vor allem, da plötzlich Menschen von dieser sozialen Notlage betroffen sind, die im Traum nicht daran gedacht hatten jemals von Hartz IV abhängig zu sein. Ganz sicher können wir mit diesem Wahlergebnis

nicht zufrieden sein, auch in Mitte gab es erhebliche Verluste, wenn auch deutlich schwächer als andernorts. Es ist Zeit, wieder in die Offensive zu kommen, unsere Inhalte selbstbewusster zu vertreten. Wie das gelingen kann, wollen wir auf der Strategiekonferenz diskutieren, die der Landesparteitag auch auf Antrag unseres Bezirksverbands mit großer Mehrheit beschlossen hat, und hoffen, dass dies auch in die Bezirke Auswirkungen entfaltet.

In unsere Amtszeit fielen leider auch diverse Todesfälle unter Genoss*innen, an drei unter ihnen in Mitte soll hier noch einmal exemplarisch erinnert werden: Christine Wolfram, Stefan „Teddy“ Dührkop, Sven Kluth – Ihr fehlt uns!

Noch zwei Bemerkungen zum Abschluss: das Untermietverhältnis im Büro der Bezirksfraktion ist mehr als verbesserungsbedürftig. Nicht nur, dass die Kommunikation zwischen Vorstand und Fraktion nahezu eingeschlafen ist, es finden auch keinerlei Absprachen über die Büronutzung statt, die Verbotspolitik der Fraktion behinderte massiv politische Verständigung des Vorstands, die Fraktion beschädigt und verräumt die Materialien des Vorstands ohne darüber zu informieren – eine bessere Zusammenarbeit, gemeinsame politische Initiativen von Partei und Fraktion, auch mit außerparlamentarischen Bewegungen, und ein eigenes Büro wären ein Fortschritt. Und: ein Be-

zirksvorstand aus sechs Mitgliedern ist für die anstehenden Aufgaben und die Erwartungen aus der Mitgliedschaft erheblich zu klein, er müsste die doppelte Größe haben. Krankheitsbedingte Ausfälle sind immer mal möglich, dass dadurch ein Vorstand so stark eingeschränkt wird, darf nicht wieder vorkommen.

Wir haben unter den widrigen Bedingungen des Lockdown viel dafür getan, dass sich die Mitglieder treffen und sich an der Entwicklung der Politik der Partei beteiligen können, zudem etliche Initiativen auf Landes- und Bundesebene eingebracht, Unterstützung und Beteiligung an außerparlamentarischen Aktivitäten befördert und in diesem Sinne die kompletten zwei Jahre hindurch konsequente Parteiarbeit gemacht - auch im Lockdown. Dem nächsten Bezirksvorstand möchten wir wünschen, dass es ein größeres Gremium sein möge, dem die Beteiligung der Mitglieder und gute und lebendige Diskussionen wichtig sind, das die Partei und ihre Meinungsbildung ernst nimmt und mehr auf Stärkung des Außerparlamentarischen statt auf R2G-Hinterzimmer setzt. Denn das ist wichtig, um Mut zu machen mitzumachen und um soziale Gerechtigkeit, Frieden und umfassende Demokratie gesellschaftlich durchzusetzen.

Für einen großen, kraftvollen Vorstand und solidarische Verständigung im Bezirk!

Das MitteN Mang in der Krise?

Manchmal hilft der Blick von außen und diesen Blick will ich euch übermitteln. Er gibt einen Einblick in meine Gedanken zum MitteN Mang auch aus einer Zeit, in der ich nicht Mitglied der Partei DIE LINKE war. Also der Blick von außen. Das MitteN Mang das sind wir – die Partei in Hamburg Mitte. Ein Spiegel auch für den Zustand und die Befindlichkeit der Partei. Mein Eindruck damals war, dass da wenig Lebendigkeit und Vielfalt war. Da gab es die ellenlangen Erklärungen aus einer politischen Richtung – oft über mehrere Seiten. Wenn ich mich da wirklich einmal durchgequält hatte, blitzte – wenn danach überhaupt noch etwas geblitzt hat – die Erkenntnis auf, dass ich das alles schon so oft gelesen hatte. Nichts Neues. Die Textbausteine variierten. Ansonsten für mich öde. Kennt man einen Text kennt man eigentlich alle. Dann waren da die vermeintlichen Highlights aus dem Inneren der Partei. Parteitage, Mitgliederversammlungen usw. die ausführlich dokumentiert wurden. Sicherlich wichtig, aber im Zusammenhang mit der Gewichtung entsteht immer mehr der Eindruck, dass sich die Partei vor allem mit sich selbst beschäftigt. Gewartet habe ich immer auf Berichte, wo die Partei im Bezirk eine politische Praxis beschreibt, an der sie entweder beteiligt ist oder die sie selber initiiert hat. Das gab es eher

selten. Manchmal war es schon einen Bericht wert, wenn es irgendeine Stadtteilgruppe geschafft hatte, unfallfrei einen Info Stand zu organisieren. Dann gab es Berichte aus der Kategorie mein schönstes Ferienerlebnis. Eigentlich ziemlich belanglos. Tenor: „Der Stand war gut besucht und wir haben einen guten Kontakt zu den Menschen gehabt. Die Gespräche waren toll. Die Partei ist auf der Höhe der Zeit und findet Anklang.“ Friede, Freude, Eierkuchen. Über den Inhalt der Gespräche und die politischen Konsequenzen daraus erfährt der geneigte Leser eher selten etwas.

Was will nun der alte Miesegrimm?

Ich will dafür plädieren, dass MitteN Mang mit Leben zu füllen, denn die Macher des MitteN Mang können nur das verarbeiten, was wir liefern. Mein Eindruck hat sicher einen Hauch von Polemik, aber manchmal muss man so agieren, um etwas anzustoßen. Ändern wir unsere politische Praxis, dann verändern wir auch das MitteN Mang. Es liegt an uns. Einstampfen sollten wir das MitteN Mang nicht, denn wir brauchen jede Form der Gegenöffentlichkeit. Das MitteN Mang sind wir!!!

L. G. Uwe Everding-Böhm

10 Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU 10 Jahre Verweigerung der Aufklärung



Am 4. November jährte sich die Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zum 10. Mal. Aus diesem Anlass demonstrierten am 6.11. auf Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts in Hamburg bis zu 1.000 Menschen. Die Demonstration begann auf dem Ramazan-Avcı-Platz (Landwehr) – 2012 benannt nach 1985 von Nazi-Skins ermordeten Ramazan Avcı – und endete, nach Zwischenkundgebungen am Steintordamm, nahe der Innenbehörde, vor der AfD-Zentrale, auf dem Rathausmarkt. Eine der zentralen Forderungen war die Forderung nach einem NSU-Untersuchungsausschuss endlich auch in Hamburg, dem einzigen Tatortland, das sich einem solchen Untersuchungsausschuss bisher verweigert.

Es war nicht zu übersehen, dass die Demonstration kleiner war als frühere Demonstrationen, etwa 2018 nach dem Urteil im Münchner NSU-Prozess. Die Verbrechen des NSU, das staatliche Versagen, die staatliche Verstrickung in diese Verbrechen und damit auch die Opfer dieser Ver-

brechen drohen in weiten Teilen der Gesellschaft in Vergessenheit zu geraten. Das ist eine verhängnisvolle Entwicklung, nicht zuletzt auch angesichts der stets präsenten Gefahr weiterer rassistischer, rechtsterroristischer Verbrechen, der fortbestehenden Problematik von strukturellem Rassismus in der Polizei und der Problematik eines Inlandsgeheimdienstes, der mit seinem V-Leute-System die Nazi-Szene stärkt und aus Gründen des „Quellenschutzes“ Aufklärung sabotiert.

Im Folgenden die Rede, mit der ich auf der Kundgebung in der Nähe der Innenbehörde für DIE LINKE begründe, warum die Forderung nach einem NSU-Untersuchungsausschuss nicht aufgegeben werden darf.

„Wir stehen hier nahe der Innenbehörde, der Dienstherrin von Polizei und Verfassungsschutz. Wir stehen hier, weil die Sicherheitsbehörden über zehn Jahre bei der Aufklärung der NSU-Mordserie vollständig versagt haben. Wir stehen hier, weil sie seit 2011 die Verantwortung für ihr

Totalversagen nicht übernehmen wollen, sondern bis heute bestreiten, Fehler gemacht zu haben. Wir stehen hier, weil wir festhalten an unserer Forderung, dass auch Hamburg endlich – als letztes Tatortland – einen NSU-Untersuchungsausschuss einrichten muss. Wir stehen hier, weil wir verlangen, dass die Unterstützung des Mordes an Süleyman Taşköprü durch Hamburger Neonazis endlich thematisiert und aufgedeckt wird. Dass die dunkle Rolle auch des Hamburger Verfassungsschutzes, der in den 2000er Jahren wie in allen anderen Bundesländern **führende Kader** der militanten Neonazi-Szene als V-Leute rekrutierte, endlich aufgeheilt wird. Dass die grenzenlose Ignoranz und der strukturelle Rassismus in der Polizeiarbeit, der die Ermittlungen bis zuletzt in die falsche Richtung lenkte und Opfer zu Tätern machte, aufgedeckt wird und endlich Schlussfolgerungen gezogen werden müssen.

Ja, grenzenlose Ignoranz. Noch im letzten Jahr redete sich der Leiter der Hamburger SoKo vor dem NSU-Untersuchungsausschuss in Mecklenburg-Vorpommern damit heraus, es habe keinerlei Hinweise auf einen rechten, rassistischen Hintergrund gegeben. Tatsache ist, es hat, bundesweit und in Hamburg, von Angehörigen und aus den migrantischen Communities viele solcher Hinweise gegeben, die samt und sonders ignoriert wurden. Tatsache ist, dass der NSU in einer Zeit zu morden begann, in der die rechte Gewalt in Ost- und Westdeutschland, gerade auch hier in Hamburg, enorm zugenommen hatte und weiter zunahm. Die Chronik der weitgehend rassistisch und antisemitisch motivierten Nazi-Gewalt verzeichnet um die Jahrtausendwende bundesweit immer neue Höhepunkte: Überfälle, Angriffe, Brandanschläge, Sprengstoffanschläge, Morde. Offen diskutierte die Naziszene in ihren Publikationen über Bewaffnung, über das Konzept des führerlosen Widerstandes, über gezielte Anschläge zur Ausschaltung „des Feindes“. Es gab zahllose Waffenfunde. Der Hamburger Verfassungsschutz warnte vor diesem Hintergrund 2000 vor „rechtsterroristischen Bestrebungen“ – um 2001, dem Jahr der Ermordung von Süleyman Taşköprü, Entwarnung zu geben. Es ist also nicht so, dass die Sicherheitsbehörden von der Bedrohung durch rechtsterroristische Gewalt nichts wissen konnten – sie wussten um die Gefahr, aber sie haben sie nicht ernst genommen.

Ihre gefährliche Ignoranz verband sich mit rassistischer Ermittlungsarbeit. Die Akten belegen, dass

sich die Polizei bei den Ermittlungen der NSU-Morde und Sprengstoffanschläge von ethnisierten Zuschreibungen leiten ließ, bundesweit und in Hamburg. Das belegen auch die diskriminierenden Äußerungen, die der Leiter der Hamburger SoKo 2012 im Bundestagsausschuss über das NSU-Opfer Süleyman Taşköprü machte – ich mag sie nicht wiederholen – und die er letztes Jahr in Mecklenburg-Vorpommern sogar noch einmal ausdrücklich bekräftigte. Diese rassistischen Zuschreibungen hatten zur Folge, dass man im familiären und sozialen Umfeld des Opfers ermittelte und dort nach Verbindungen zur Organisierten Kriminalität suchte. „Geldströme“ und das „Finanzgebahren“ der Familienmitglieder wurden überprüft, Telefongespräche abgehört, Angehörige observiert, zahllose Zeugen befragt, die manchmal bereitwillig alles erzählten, was die Polizei hören wollte. Dagegen hat die Polizei den Hinweis von Süleymans Vater auf zwei Männer, die er vor dem Laden unmittelbar nach dem Mord gesehen hat und die, so seine Äußerung, definitiv nicht „südländisch“ aussahen, ignoriert. Und schließlich hat in vorderster Front die Hamburger Polizei den einzigen ernstzunehmenden Ansatz für Ermittlungen nach rechts bekämpft, nämlich die Analyse eines bayerischen Profilers, der 2006 die Täter und ihr Motiv **rechts** verortete.

Wir sind es den Opfern des NSU und ihren Angehörigen schuldig, dass wir den Kampf für die vollständige Aufklärung des NSU-Netzwerkes und des staatlichen Totalversagens nicht aufgeben. Sie haben das Recht auf die bestmögliche Aufklärung des NSU-Komplexes und konsequente Aufarbeitung des staatlichen Totalversagens, sie und alle, die rassistisch diskriminiert, ausgegrenzt, bedroht werden. Deshalb beharren wir auf einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss auch in Hamburg.

Lasst uns gemeinsam weiter dafür kämpfen, strukturellen Rassismus in der Polizei zu thematisieren und aufzudecken, rassistische Netzwerke in Sicherheitsbehörden und Bundeswehr zu enttarnen und den Verfassungsschutz aufzulösen, der, wie im NSU-Komplex unübersehbar geworden, mit seinem V-Leute-System nur die Naziszene stärkt und aus eigenem Interesse die Aufklärung ihrer Verbrechen sabotiert.

Die Kontinuität des rechten, rassistischen Terrors muss gebrochen werden.

„Keinen Fußbreit den Faschisten!“

Christiane Schneider (auch Foto)

„Paulihaus“:

Notwendige öffentliche Flächen für den Büroklotz werden nicht entwidmet. Scheitert der Neubau oder handelt es sich um ein Foulspiel des Senats?

Von Heike Sudmann (auch Foto)

Schon mehrmals habe ich über die gelinde gesagt seltsame Entwicklung und die Verstrickungen rund um das sog. Paulihaus berichtet. Jetzt öffnet sich ein weiteres Kapitel.



Für den Neubau des „Paulihaus“ genannten Büroklotz werden öffentliche Flächen benötigt. Ohne Entwidmung dieser Flächen darf nicht gebaut werden. Jetzt hat der Senat den vierten Versuch der Entwidmung zurückgenommen bzw. eingestellt. Damit müsste der Neubau in seiner bisherigen Planung gescheitert sein, denn der Senat antwortete am 26.2.21 auf meine Schriftliche Kleine Anfrage 22/3347, Nr. 17: „Die Baugenehmigung enthält als Bedingung, dass von der Baugenehmigung erst Gebrauch gemacht werden darf, wenn die gewidmeten Teilflächen entwidmet worden sind.“ Anscheinend versucht der Senat nun eine Kehrtwende: es handle sich gar nicht um öffentliche gewidmete Wegeflächen. Ein böses Foulspiel des Senats in der Verlängerung?

Hier ein Überblick über die Entwidmungsversuche:

Dreimal hat der Senat bisher über das Bezirksamt Hamburg-Mitte vergeblich versucht, die öffentlichen Wegeflächen an der Budapester Straße/Neuer Pferdemarkt/Neuer Kamp für den Bau des sogenannten „Paulihaus“ zu privatisieren. Von dem Bezirksamt Hamburg-Mitte, das auch das Baugenehmigungsverfahren für diesen Büroklotz bearbeitet, ist die Zuständigkeit dann für einen vierten Anlauf auf die Behörde für Verkehr und Mobilitätswende (BVM) übergegangen (vgl. Antwort des Senats auf meine Schriftliche Kleine Anfrage Drucksache 22/4869 vom 15. Juni 2021). Im Amtlichen Anzeiger vom 11. Juni 2021 wurde der vierte Versuch der „Einziehung von öffentli-

chen Wegeflächen“ für den Bereich um das „Paulihaus“ verkündet. 31 Einwendungen waren bis zum 01. Oktober bei der Behörde eingegangen (vgl. Drucksache 22/5849).

Am Freitag, dem 12.11.21 wurde nun im Amtlichen Anzeiger die Rücknahme und Einstellung des Einziehungsverfahrens bekanntgegeben. Auf Nachfrage erhielt ich von der BVM folgende Antwort:

„Nach Prüfung der Frage, ob die Flurstücke 1969, 1961 und 1962 zu irgendeinem Zeitpunkt straßenverkehrslich genutzt wurden bzw. werden konnten, ist die BVM zu dem Ergebnis gelangt, dass es sich nicht um öffentlich gewidmete Wegeflächen handelt:

Die BVM ist als oberste Landesstraßenbaubehörde zuständige Fachbehörde für Einziehungsverfahren gemäß § 2 Absatz 6 Bundesfernstraßengesetz (FStrG). Die Bedingungen für eine Einziehung von Bundesfernstraßen sind in § 2 Absatz 4 FStrG geregelt. Grundlegende Voraussetzung für eine Einziehung ist, dass die betroffenen Flurstücke auch tatsächlich Bestandteil einer Bundesfernstraße nach dem Bundesfernstraßengesetz sind. Die hier genannten Flurstücke, deren Einziehung bereits avisiert war, sind kein Bestandteil einer Bundesfernstraße oder eines sonstigen öffentlichen Weges. Vor diesem Hintergrund erfolgte die Einstellung des Einziehungsverfahrens.“

Erstaunlich, dass in drei vorangegangenen Verfahren nie strittig war, dass die öffentlichen Wegeflächen Bestandteil der Bundesfernstraße sind. Und dass in dem neuen, vierten Verfahren diese Eigenschaft auch unstrittig war, denn sonst hätte das Verfahren nicht eingeleitet werden müssen.

Aber noch erstaunlicher ist die Aussage, „dass es sich nicht um öffentlich gewidmete Wegeflächen“ handle. Denn bisher wurden diese Flächen (Flurstück 1961, 1962 und 1969) genauso behandelt und es bedurfte für ihre Nutzung besonderer Genehmigungen:

- Die bisher dort ansässigen Restaurants mussten für den Betrieb ihrer Sommerterrasse jeweils eine Sondernutzungsgenehmigung für die öffentliche Wegeflächen nach § 19 Hamburgisches Wegegesetz beantragen und bezahlen. Genehmigende Behörde der mir vorliegenden Erlaubnis war das Bezirksamt Hamburg-Mitte
- Im Oktober 2021 hat die Polizei im Zusammenhang mit der Genehmigung einer öffentlichen

Versammlung angeordnet, dass der Bauzaun so zu verschieben sei, dass die öffentliche Teilfläche 1961 genutzt werden könne.

Was genau dahinter steckt und ob – was super wäre – der Bau doch noch scheitert, versuche ich gerade mit vielen Fragen an den Senat zu klären. Leider lag beim Redaktionsschluss die Senatsan-

twort auf meine aktuelle Anfrage noch nicht vor. Bei Interesse findet ihr sie ab voraussichtlich dem 6. Dezember in der Parlamentsdatenbank <https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokumentennummer> (Drucksache 22/6495).

Die sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie Reiches Hamburg – Arme Elbinseln

Wissen Sie noch? Damals, ganz am Anfang der Corona-Pandemie? Als große Unternehmen nach dem Prinzip handelten: Vor dem Virus seien vielleicht alle gleich, aber wer am lautesten schreit, ist doch ein bisschen gleicher? Anderthalb Jahre später wissen wir immer noch viel zu wenig über die Auswirkungen der Krise, vor allem auch für Hamburg. Im Auftrag der Linksfraktion Hamburg hat der Bremer Sozialwissenschaftler René Böhme eine Studie über „Soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie in der Freien und Hansestadt Hamburg“ erstellt.

Das Ergebnis überrascht nicht: Die Krise hat soziale Ungleichheiten verschärft, ärmere Menschen sind von der Pandemie besonders stark betroffen. Gleichzeitig ist der private Reichtum gewachsen. Die zehn reichsten Hamburger Familien haben im ersten Jahr Corona zehn Milliarden Euro mehr privates Vermögen angehäuft. Corona hat also wie ein Brennglas gewirkt. Was ungerecht war, ist noch ungerechter geworden. Hamburg ist nicht erst seit Corona eine tief sozial gesplante Stadt. Nirgendwo sonst in der Bundesrepublik leben so viele Millionär:innen und Milliardär:innen, knapp 1.000 Hamburger:innen verdienen mehr als eine Million Euro pro Jahr.

Die Studie zeigt auch, dass Hamburg im Bundesvergleich von den bisher erfassten Folgen besonders betroffen und bei einigen Kennzahlen trauriger Spitzenreiter ist, dazu zählt unter anderem der Anstieg der Lohnungleichheit und der Anstieg der SGB II-Quote Arbeiter:innen, die sich mit Mini-Jobs, Teilzeit- oder Leiharbeit über Wasser hielten, gehören zu den großen Verlierern der Krise – aber auch Berufseinsteiger:innen und Selbstständige. Statt vom Kurzarbeitergeld zu profitieren, haben viele ihren Arbeitsplatz ganz verloren und sind nun auf zusätzliche Unterstützung angewiesen.

Hinzu kommt, dass Armut und Reichtum sich in Hamburg regional sehr unterschiedlich verteilen. Und durch Corona ist auch das Gefälle zwischen ärmeren und wohlhabenderen Stadtteilen steiler geworden: Wo vor der Krise schon viele Menschen von Hartz IV lebten, hat sich ihre Zahl noch mal drastisch erhöht. Hochqualifizierte, gut verdienende Beschäftigte hatten hingegen keine Lohneinbußen zu beklagen. Ihre Gehälter sind in den vergangenen Monaten in Hamburg sogar gestiegen. Und auch beim Thema Gesundheit zeigt sich, dass dort wo Menschen enger zusammen leben und man statt im Homeoffice unverändert in großen Betrieben arbeitet, die Anzahl der Infizierten, schwer Erkrankten und Verstorbenen ungleich höher ist, als in wohlhabenderen Stadtteilen. Dies zeigt sich auch in Wilhelmsburg und auf der Veddel. Während auf der Veddel jedes zweite Kind mit Hartz IV aufwächst, ist es in der HafenCity – nur wenige Gehminuten weiter – nicht mal jedes fünfte. Mitte November haben wir daher einen Stadtrundgang über die Veddel organisiert und uns auf Spurensuche begeben -wo lässt sich Reichtum entdecken? Welche Bedeutung hat Armut und Reichtum für den Stadtteil und was heißt das für die Stadtteilentwicklung?

Themen, die uns hier im Stadtteil weiter beschäftigen werden. Denn es ist klar, dass auch unsere Studie nur ein Anfang ist - viele soziale Folgen sind noch nicht in Gänze absehbar und auch die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wichtig ist daher die sozialen Folgen weiter systematisch zu beobachten und in den politischen Planungen zu berücksichtigen. Dafür fordern wir unter anderem eine Strategiekonferenz mit dem Ziel die soziale Ungleichheit in unserer Stadt zu bekämpfen! Wir wollen nicht zurück in die „Normalität“ vor der Pandemie, sondern die Krise nutzen um umzusteuern und eine gerechtere und sozialere Gesellschaft zu ermöglichen!

Miriam Craß/Stephanie Rose

Gute Reden, gute Gespräche, gute Musik, gute Laune:

Erfolgreiche Kundgebung zur Solidarität mit Kuba



Zu einer Kundgebung der Kuba-Solidarität am Ida-Ehre-Platz in der Mönckebergstraße konnte zwar nur drei Tage lang mobilisiert werden, dennoch waren am 15. November 70 Menschen dem gemeinsamen Aufruf von Cuba sí der LINKEN, Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Linke.SDS, Linksjugend.Solid, SDAJ und Voz Latina gefolgt. Anlass waren für denselben Tag geplante Aktivitäten von Contras auf der Insel, finanziert und dirigiert durch die CIA und „zivile“ Ableger insbesondere im Medien- und Kulturbereich. Ihr erklärtes Ziel: „Regime change“. Ein solches Szenario war bereits im Sommer durchexerziert worden, begleitet von nachweislich gefälschten Bildern und entsprechenden Berichten in den internationalen Konzernmedien und „sozialen Medien“.

Doch die Kundgebung auf dem Ida-Ehre-Platz richtete sich hauptsächlich auf das souveräne Recht der kubanischen Bevölkerung, ihren Weg eines zum Kapitalismus alternativen Gesellschaftsmodells zu gehen. Das sozialistische Land hat binnen kürzester Zeit den Analphabetismus besiegt und eines der besten Gesundheitssysteme der Welt aufgebaut, weil das öffentliche und für die PatientInnen kostenfreie Gesundheitswesen rein auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert, so gut es geht ausgestattet ist und die dort Tätigen sich voll ihrer Aufgabe widmen können: Krankheiten zu bezwingen und PatientInnen unter allen Umständen zu helfen – und zwar überall, wo sie gebraucht werden: vor allem in

Afrika und Lateinamerika, bei Epidemien, nach Naturkatastrophen oder gegen ein neoliberal zerstörtes Gesundheitssystem, etwa in Italien.

Diese unkorruptible Menschenfreundlichkeit und dieser unbeugsame Internationalismus ist der Regierung der USA ein Greuel, weil es deren neokolonialer und imperialistischer Politik offen widerspricht und sie in praxi widerlegt. Daher nutzte die US-Regierung zynischerweise die Corona-Pandemie, um die seit über sechzig Jahren währende brutale Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade noch zu steigern, die seit Jahren von 98 Prozent und mehr der UN-Mitgliedsstaaten als völkerrechtswidrig verurteilt wird, und beispielsweise dafür zu sorgen, dass Schiffe mit Beatmungsgeräten, Spritzen oder Material zur Erstellung von Impfstoffen kurz vor Erreichen des Hafens in Havanna abdrehten.

Dennoch lässt Kuba sich nicht erpressen. Und es kann großartige Erfolge im Kampf gegen die Pandemie vorweisen: Zwei proteinbasierte Impfstoffe, die speziell für warme und arme Ländern entwickelt wurden und kaum Nebenwirkungen verursachen, weisen eine Wirksamkeit von 92 Prozent auf. Kuba ist das erste Land, das seinen Kindern Vakzine verabreicht, und es wird das erste Land sein, das eine durchgeimpfte Bevölkerung haben wird. Derzeit prüft die WHO diese Impfstoffe, danach können sie auch andernorts eingesetzt werden – worauf man in Kuba besteht. Aktuell gibt es auf der Karibikinsel 240 Corona-Erkrankungen pro Tag bei einer Bevölkerung von rund elf Millionen.

Auf diese Fakten und Zusammenhänge wurde bei den Reden auf der Kundgebung in der Mönckebergstraße hingewiesen. Es wurden viele Flugblätter verteilt, Gespräche mit Passanten geführt, fetzige Musik gehört, gute Laune verbreitet und weitere Aktivitäten in Aussicht genommen.

Hier die Redebeiträge bei Youtube:
www.kurzelinks.de/kuba-kundgebung-reden

Und hier die Playlist mit kubanischer Musik:
<https://kurzelinks.de/kuba-kundgebung-musik>

Kristian Glaser

Rettung der Traditionen – Fischgaststätte Veddel und Denkmalschutz in Hamburg

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, erst letzte Woche war ich wieder einmal in der gut einhundert Jahre alten Fischbratküche und Fischgaststätte auf der Veddel mit der urigen und gemütlichen Einrichtung, hauptsächlich aus den 50er Jahren.



Die Fischbratküche von außen ...

Und habe dort mit einer guten Freundin und Genossin den einmalig zubereiteten leckeren Fisch aus dem alten Traditions-Ofen aus den 1930er Jahren genossen, mit anschließendem kleinen Stadtteilrundgang.

Es war ein unvergesslicher Genuss, denn dieser alte spezielle Ofen entwickelt sehr hohe Temperaturen, die eine schnelle Kruste der Panade bewirken und somit den Saft des Bratgutes erhalten, was diesem den einzigartigen Geschmack verleiht. Der alte Ofen besitzt zwar Bestandsschutz dort wo er jetzt steht, aber bislang auch nur dort.

Nun ist allerdings geplant, das gesamte Gebiet rund um die Elbbrücken neu zu überplanen und später zu bebauen, wie bereits in der Presse zu lesen war. In den ersten öffentlichen Entwürfen der Bauplanungen wurde bekannt, dass man das Gebiet mit unterschiedlichen Planvorhaben bebauen könnte, zum einen mit mehreren einzelnen Bauriegeln, die dann aber kaum noch Wohnen zulassen würden. Zum anderen mit einer geschlossenen Blockbauweise, die im inneren einen geschützten Hof gegen zu hohe Lärmemissionen bieten würde.

In diesen ersten provisorischen Planungsbeispielen war der alten Fischgaststätte noch ein Erhalt im inneren Bereich dieser runden Wohnbebauung zgedacht, wobei man sich dort schon Gedanken über Geruchsemissionen für die Anwohner*innen hätte machen müssen.

Im späteren Verfahren wurde diese Planung dann der BBEG (Billebogen Entwicklungsgesellschaft) unter der Regie der Hafencity GmbH übertragen, wobei die alte Fischgaststätte in den neuen Plänen merkwürdigerweise nicht mehr mit zu deren Inhalt gehörte.

Auch ist weiterhin ungewiss, was mit den alten denkmalgeschützten Zollhallen auf dem Areal passieren wird? Man kann ja nicht andauernd den Bürger*innen*n predigen, dass diese stets auf den Denkmalschutz zu achten hätten, während die Stadt selbst jede Möglichkeit wahrnimmt selbigen zu umgehen!



und von innen ...

Da es mir eine besondere Herzensangelegenheit ist, dieses wunderbare Stück altes Hamburg und damit diese Fischbratküche zu erhalten, bitte ich euch alle vielfach um Unterstützung der Petition im Internet zum Erhalt der alten Fischgaststätte Veddel unter folgendem Link:

<https://www.openpetition.de/petition/online/veddeler-fischgaststaette-retten-2>

Die Petition und Sammlung gegen einen eventuellen Abriss läuft noch 11 Monate.

Vielen Dank im Voraus an alle!
Maureen Schwalke (auch Fotos)

Gegen Gewalt an Frauen



Die Landesarbeitsgemeinschaft Feminismus war auf der Demonstration in Hamburg am 25.11.21 als Teil des Bündnisses 8. März vertreten.

Der Aufruf:

„Zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen rufen wir – im Namen aller Frauen, Lesben, trans, intersexuelle und nicht-binäre Personen, Schwarze, Indigenen, Linke, Mütter, feministische Aktivistinnen, alle Parlamen-

tarier:innen und Politiker:innen in verschiedenen Ländern – zu mehr Solidarität, Rückhalt und zu einem besseren politischen Schutz auf.“

Die LAG Feminismus trifft sich jeden ersten Donnerstag im Monat um 19 Uhr in der Geschäftsstelle des Landesverbandes Die Linke Hamburg Burchardstraße 21. 20095 Hamburg im Konferenzraum (derzeit auch hybrid).

Nora Stärz

Feedback zur Mittemang-Zukunft

Bernhard stellte im letzten Mittemang die Frage, ob das Mittemang in der derzeitigen Form überhaupt noch gewollt und gebraucht werde. Seine konstruktiv-kritische Frage resultiert unter anderem aus dem suboptimalen Umstand, dass er es oftmals sehr schwer hat, das Mittemang mit Inhalt zu füllen, da ihm zu wenige Genoss*innen Berichte, Fotos und Artikel mailen.

Um seine Frage direkt am Anfang zu beantworten: Ja, das Mittemang wird meines Erachtens noch gewollt und gebraucht.

Es wird gebraucht, da mehrere Dutzend Genoss*innen in Hamburg Mitte keinen Internetzugang haben und das Mittemang für sie eine unverzichtbare Informationsquelle darstellt, um über die Aktivitäten und Debatten im Bezirksverband auf dem Laufenden zu bleiben (Das Mittemang wird ihnen per Post zugestellt).

Es wird gebraucht, da das Mittemang eine (halb-)öffentliche Publikation ist (im Netz frei verfügbar), die auch von zahlreichen Genoss*innen außerhalb unseres Bezirksverbandes gelesen wird. In gewisser Weise präsentieren wir uns also

mit dem Mittemang als Bezirksverband HH-Mitte nach außen. Wenn wir es einstellen würden, würde das nicht unbedingt ein gutes Bild auf uns werfen.

Es wird gebraucht, denn auch wenn zahlreiche Debatten mittlerweile auf anderen Kanälen stattfinden, ist das Mittemang nach wie vor ein Magazin, in dem zwar weniger als noch vor ein paar Jahren, aber immer noch zahlreiche Genoss*innen ihre Standpunkte zu kontroversen Themen formulieren - einzelne Punkte aus diesen Artikeln mögen zwar auch schon mal vorher auf Facebook oder per Mailverteiler gepostet bzw. verschickt worden sein, aber nach meiner Wahrnehmung sind die Standpunkte und Analysen der Genoss*innen woanders noch nicht in Gänze ausformuliert erschienen. Also somit besitzt das Mittemang nach wie vor auch eine gewisse Exklusivität.

Es wird gebraucht, denn das Mittemang sammelt Berichte von schon abgehaltenen Veranstaltungen und Ankündigungen von noch bevorstehenden Veranstaltungen unserer Stadtteilgruppen. Er stellt demnach eine unverzichtbare Zusammenfassung von Berichten und Ankündigungen dar, die man ansonsten mühevoll über andere Kanäle zusammensuchen müsste, um eine genauso adäquate Übersicht aller Veranstaltungen wie über das Mittemang zu erhalten.

An diesem letzten Argument für die Notwendigkeit des Mittemangs knüpft nun auch und gerade Bernhards konstruktiv-kritische Frage an.

Also ob es überhaupt noch Sinn mache, das Mittemang in der derzeitigen Form weiterzuführen, wenn mittlerweile viel zu wenige Genoss*innen aus den Stadtteilgruppen das Mittemang mit Berichten und Ankündigungen „füttern“. Es liegt also an uns, wie es mit dem Mittemang weitergeht.

Nach zahlreichen Gesprächen mit Genoss*innen aus unserem Bezirksverband habe ich jedenfalls den festen Eindruck, dass das Mittemang von der ganz überwiegenden Mehrheit der Genoss*innen weiterhin gewollt ist.

Mein folgender Vorschlag ist nun vorsichtiggittend und nicht fordernd gemeint: Es wäre schön, wenn die Sprecher*innen der einzelnen Stadtteilgruppen die Versorgung unseres Mittemangs mit Berichten, Fotos und Ankündigungen als festen Punkt in ihr Aufgabenfeld aufnehmen würden. Da die (ehrenamtlichen) Sprecher*innen allerdings mit der Organisation

der Stadtteilgruppentreffen et cetera schon viel Arbeit haben, könnten die einzelnen Stadtteilgruppen auch sozusagen eine/n „Mittentmang-Genossin oder Genossen“ wählen, die/der dann Bernhard regelmäßig mit Berichten und Ankündigungen versorgt.

Oftmals ist es leider so, dass man sich als Genossin/Genosse darauf verlässt, dass schon irgendwer aus der Stadtteilgruppe Bernhard Berichte, Fotos und Ankündigungen schickt und am Ende befindet sich Bernhard dann in der unglücklichen Situation wieder, am Monatsende das Mittemang irgendwie mit Inhalt füllen zu müssen.

Deshalb wäre ein/e feste/r Ansprechpartner/in für Bernhard vielleicht eine Möglichkeit, das Mittemang in Zukunft wieder besser aufzustellen. Mein Vorschlag bzw. Wunsch gilt natürlich auch analog für den neuen Bezirksvorstand, aber da er neu gewählt ist, habe ich ihn nun nicht explizit angesprochen)

Und ich möchte es auch noch einmal betonen: Mein Vorschlag bzw. Wunsch ist vorsichtiggittend und keinesfalls fordernd gemeint. Denn zum einen versorgen die Stadtteilgruppen Bernhard schon häufig mit Berichten und Ankündigungen, aber nun mal nicht regelmäßig. Und zum anderen haben die allermeisten Genoss*innen schon sehr viele zeitintensive (ehrenamtliche) Aufgaben und dann würde noch mehr Arbeit auf die Stadtteilgruppen-Sprecher*innen oder die/den „Mittentmang-Genossin/Genossen“ hinzukommen.

Fazit: Das Mittemang ist meines Erachtens in vielerlei Hinsicht ein unverzichtbares Magazin für unseren Bezirksverband.

Nach meiner Wahrnehmung wird das auch von den allermeisten Genoss*innen weiterhin gewollt.

Bernhards kritische Frage ist konstruktiv, denn es ist in der Tat suboptimal, dass er sich häufiger am Monatsende in der unglücklichen Situation wiederfindet, das Mittemang irgendwie mit Inhalt füllen zu müssen.

Es liegt also an uns, das Mittemang in Zukunft wieder besser aufzustellen.

Und last but not least möchte ich mich bei Bernhard ganz herzlich bedanken, dass er das Mittemang seit den Nuller-Jahren mit großem Engagement und im Zusammenspiel mit Steffen als akkuratem Lektor betreut und hoffe inständig, dass er das Mittemang noch sehr lange weiterführt.

Sven-Friedrich Wiese

Termine in (und für) Mitte

Freitags, 17 – 18 Uhr:

Mahnwache der Ini Gedenkort Stadthaus, ebendort, Ecke Neuer Wall

Dienstag, 07.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel** Bürgerhaus (Mengestraße 20, 21107 Hamburg) im Raum 1.10 (1.OG.)

Donnerstag, 09.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Montag, 13.12., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 15.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
LAB, Hansaplatz 10 (neben der GW)

Mittwoch, 15.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 16.12., 17:30 Uhr

öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**
digital per Zoom

Dienstag, 21.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Bürgerhaus, Raum 1.10 (1.OG.)

Januar 2022

Dienstag, 04.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Bürgerhaus, Raum 1.10 (1.OG.)

Montag, 10.01., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Donnerstag, 13.01., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Büro Billstedter Hauptstraße 76
(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Dienstag, 18.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Bürgerhaus, Raum 1.10 (1.OG.)

Mittwoch, 19.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Mittwoch, 19.01., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Regelmäßig Montag und Donnerstag, jeweils von 13 bis 15 Uhr:
Sozialberatung im Abgeordnetenbüro Mehmet Yildiz, Billstedter Hauptstraße 76

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Ruben Hittmeyer		
Jörg Otto		
Norbert Weber		
Petra Zepter		
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX